

Manfred Hettling

Hure oder Muse, Beamter oder nicht?

Von manchem ist die Auflösung der DDR und die Übertragung bundesdeutscher Strukturen auf Politik, Wirtschaft und Kultur einerseits betrieben und andererseits wahrgenommen worden als ein Prozeß der politischen und moralischen Reinigung. Eine der langwierigsten und wohl auch sorgfältigsten Angleichungen erfolgte im Wissenschaftsbereich. Ausgehend von der Evaluierung von Institutionen und Personen wurde ein Großteil der ostdeutschen Akademiker entlassen und ein kleiner Teil (der in den Naturwissenschaften deutlich höher liegt als in anderen Bereichen) weiterbeschäftigt, oft nur noch auf Zeitstellen, wie es im westdeutschen Wissenschaftsbereich üblich ist. In der Geschichtswissenschaft zog sich dieser Prozeß über Jahre hin, allmählich nähert er sich dem Ende mit der Besetzung der meisten Hochschulprofessuren und der Errichtung einiger außeruniversitärer Forschungszentren, deren Zukunft aber noch ungewiß ist.

Seit seiner Gründung zu Beginn des Jahres 1990 zählt der Unabhängige Historikerverband zu den schärfsten Kritikern sowohl der früheren etablierten DDR-Historikervereinigung als auch aller Versuche, einzelne dieser Historiker nun in bundesdeutsche historische Institutionen zu integrieren. In einem Band sind nun aus aktuellem tagespolitischem Anlaß geschriebene Zeitungsartikel von Mitgliedern des UHV und, in geringerer Anzahl, Aufsätze von westdeutschen Historikern und den, wie es der Verband nennen würde, früheren „Etablierten“ versammelt.¹

Das Buch bietet daher eine äußerst spannende, interessante Lektüre und vermittelt einen Einblick in eines der grundlegenden fachpolitischen Probleme der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik der neunziger Jahre.

Die Umstrukturierung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft ist ein komplexer und vielschichtiger Prozeß. Man kann dabei viel kritisieren, ohne jedoch immer bessere Alternativen benennen zu können. Hier soll der UHV selber im Blickpunkt der Kritik stehen, denn, wie gesagt, die meisten abgedruckten Beiträge geben seine Deutung wieder. Es soll aber dem Eindruck vorgebeugt werden, daß nicht auch andere Seiten eine kritische Betrachtung rechtfertigen. Das gilt einmal für die sogenannten „Stützen des Systems“ und ihr Selbstverständnis und Weltbild. Wenn sie

die Evaluierung kritisieren, gilt es, sich kritisch mit den Argumenten auseinanderzusetzen. Wenn jedoch unterstellt wird, selbst die Nationalsozialisten hätten meistens „derartige Unwürdigkeiten vermieden“ (Johannes Irmscher, S. 247) – fällt angesichts einer derartigen Frechheit der Verzicht auf eine adäquate Polemik schwer. Dem zentralen Ziel kann nur zugestimmt werden, und vielfach sind seine Attacken nur zu berechtigt – eine kritische Analyse der Bedingungen, unter denen die Historiographie dort forschte und publizierte, ist ebenso geboten wie eine Untersuchung ihrer Rolle im politischen und gesellschaftlichen System der DDR. Weder der Übergang zur Tagesordnung noch eine Idyllisierung der früheren Zeit sind akzeptabel.

Kritik könnte man zum anderen auch an mancher Praxis der Neubesetzung der Lehrstühle im Osten äußern. Manchmal schon ist der Spott zu hören, hier habe in den früheren protestantischen Kernlanden eine katholische Gegenreformation stattgefunden.

Zurück zum UHV. Im Zentrum seiner Kritik stehen jene Historiker, die vor 1989 die Geschichtswissenschaft bestimmten und dort institutionelle Kontrolle ausübten sowie jene Maßnahmen, bei denen diese früheren Etablierten, in welcher Form auch immer, nach 1990 in das Wissenschaftssystem eingebunden blieben. Die Kritik richtet sich damit gegen jene Personen, unter denen sie selber vor 1989 als Historiker tätig waren. Schade ist es, daß Angaben über den UHV selber fehlen, etwa wieviele Mitglieder in ihm versammelt sind, welchen beruflichen Werdegang sie zu DDR-Zeiten erlebten, wo sie heute tätig sind. Betrachtet man das knappe Verzeichnis der Autoren, handelt es sich ganz überwiegend um Personen, die früher an der Akademie der Wissenschaften beschäftigt waren. Nur spekulieren kann man deshalb, inwiefern hier eine Auseinandersetzung mit der spezifischen Situation an der früheren Akademie der Wissenschaften ausgetragen wird. Historiker, die zu Zeiten der DDR in untergeordneten Positionen saßen, die überwiegend in Nischen der Akademie in Berlin tätig waren, die zum Teil als Studenten durch Intrigen und unter fadenscheinigen Gründen von der Universität vertrieben und auch strafrechtlich belangt worden waren (und über den Umweg der Produktion nicht wieder an die Universität zurückkehren wollten oder konnten), attackieren nun ihre früheren Vorgesetzten und Professoren. Es ist eine zeitverschobene Auseinandersetzung. Probleme der Zeit vor 1989 werden heute ausgetragen – unter ganz anderen Bedingungen, weil sie damals nicht artikuliert werden konnten oder keiner das damit gegebenenfalls verbundene Risiko eingehen wollte.

Aus dieser Konstellation ergaben sich jedoch einige prinzipielle Probleme, die die immanenten Widersprüche in den Positionen des UHV deutlich werden lassen. Denn die Außenseiterrolle, die dem UHV zum Teil zukommt, ist nicht nur zu erklären durch eine Welt von Feinden, die ihn umgibt, sondern auch durch Inkonsistenzen in den eigenen Stellungnahmen. Im folgenden soll das an vier Beispielen erläutert werden.

1. Mit beeindruckender Ausdauer wird immer wieder auf die eigene moralische Integrität verwiesen, die es rechtfertige, daß sich die Historiker des UHV mit der Erforschung der DDR-Vergangenheit beschäftigen. Ja, mehr oder weniger explizit wird suggeriert, daß *nur* ihnen dieses Recht zustehe, da nur sie von den ehemaligen DDR-Bürgern ausreichend dafür legitimiert seien.² Wie ein roter Faden zieht sich diese Argumentation durch ihre Texte. Es ist unbestritten, daß die meisten der früheren Arbeiten von Historikern der DDR heute nur noch Makulatur sind. Das gilt auch für einen Teil der wissenschaftlichen Arbeiten der heutigen Mitglieder des UHV. Und damit soll keineswegs verschwiegen werden, daß westdeutsche Historiker ebenfalls ein hohes Output an derartigen Produkten vorzuweisen haben. Sehr viel schwieriger wird es jedoch, wenn man Faktoren wie Lernfähigkeit und Meinungsänderung als Möglichkeit mit berücksichtigt. Das Urteil sollte dann jedenfalls zögernd ausfallen.

Vor allem aber sollte man sich fragen, inwiefern Fragen der Moral allein geeignet sein können, um jemanden für eine wissenschaftliche Tätigkeit positiv zu qualifizieren. Politische, wissenschaftliche, moralische Kriterien sind nicht deckungsgleich. Es gilt, sie scharf zu trennen – gerade um ihnen jeweils mehr Gewicht zubilligen zu können. Das heißt keineswegs, daß Wissenschaft ohne Moral auskommen soll, ganz und gar nicht. Nur kann man es sich nicht so einfach machen und moralische Kategorien mit wissenschaftlichen gleichsetzen. Gegenseitig kommt ihnen nur eine negative, ausschließende Wirksamkeit zu. Wissenschaftliche Forderungen sollte man genauso wenig mit moralischen wie mit politischen Postulaten begründen. In der westdeutschen Historiographie ist das in den letzten Jahren zum Teil äußerst kontrovers diskutiert worden in bezug auf die Geschichte des Dritten Reiches. Das Stichwort von der „Historisierung des Nationalsozialismus“ bezeichnet einen Versuch, wissenschaftlich produktive Fragen zu formulieren, ohne immer schon ein moralisch begründetes Urteil parat zu haben. Das ist kein Plädoyer für einen billigen Relativismus, für ein postmodernes „anything goes“. Aber skeptisch sollte man der Haltung begegnen, die einem suggeriert, es immer schon besser gewußt haben zu können.³

2. Was ist das primäre Interesse der Mitglieder des UHV – ein politisches, ein fachpolitisches oder ein wissenschaftliches? Zuerst heißt es im Gründungsaufwurf, sie „stellen sich der demokratischen Oppositionsbewegung in der DDR zur Verfügung“ (S. 23), aber bald wird beklagt, daß vielen Mitgliedern „der Sprung in die Profession noch nicht geglückt sei“ (S. 65). Dabei wird zugestanden, daß es nicht gehe, mit der reklamierten moralischen Überlegenheit Rechte für den „Zugang zur Forschung abzuleiten“ (S. 443). Man wird den Eindruck nicht los, daß es letztlich mehr um eine politische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, auch der Vergangenheit der DDR-Historiographie, geht.⁴ Diese ist dringend nötig, gerade weil es oft eine unheilvolle Allianz zwischen Ost und West gibt, die politische Diskussion über die deutsch-deutsche Geschichte entweder auf ein strafrechtliches Terrain abschieben zu wollen oder mit einem generellen Trennstrich zu beenden. Nur, ist das Selbstverständnis der „unabhängigen Historiker“ ein wissenschaftliches? In der Polemik gegen das Potsdamer Forschungszentrum wird kritisch bemerkt, daß im *ersten* Jahr der neuen Einrichtung noch keine Monographie zur DDR-Geschichte erschienen sei. Wissenschaftliche Arbeiten entstehen nicht über Nacht oder in den Osterferien. Jakob Burckhardt, gewiß kein Vielschreiber, riet einmal, den „bloßen Tatsachenschutt“ solle man aus der Darstellung weglassen, nicht aber aus dem Studium. Nur wenn man eine Reihe von Jahren stillem Studienglück widme, könne man Ernsthaftes schaffen. Er warnte, „wohin soll es noch kommen mit der Neigung der jetzigen Geschichte, in Publicistik (oder Material dazu) umzuschlagen?“⁵ Aber dieses Studienglück scheint nicht die Intention etwa von Stefan Wolle zu sein, der bemängelt, bei den Diskussionen am Potsdamer Forschungszentrum werde „so abstrakt und theoretisch geredet“ (S. 294). Mag sein, daß dann das Schreiben etwas langsamer geht. Aber vielleicht ist es auch besser geeignet, die Komplexität von Entwicklungen und die Heterogenität von strukturellen Bedingungen zu analysieren. „Politisch-literarische Schilderung statt nüchterner Analyse“, wie eine englische Kritikerin den Zugriff von Stefan Wolle und Achim Mitter charakterisierte, hat sicher ihre Vorzüge.⁶ Aber auch ihre wissenschaftlichen Grenzen. Einer zwangsläufig langsamer arbeitenden, behutsam vorgehenden Wissenschaft vorzuwerfen, sie praktiziere ein Verhalten wie früher auf den „realsozialistischen Faultierfarmen“ (S. 279) – gemeint ist wohl z.B. die Akademie der Wissenschaften – reizt nur zur Erwiderung, daß Moral die notwendige Gründlichkeit nicht ersetzen kann.

3. Der UHV ist kein Produkt der Bürgerbewegung der DDR, er versucht jedoch, sich mit der moralischen Legitimität der DDR-Opposition zu umgeben. Dabei wird ausgeblendet, daß viele der Mitglieder des UHV selber Teil des historischen Apparates waren. Die gegenwärtige öffentliche Diskussion trennt viel zu einfach und zu eindeutig in Täter und Opfer des Systems. Die Mitglieder des UHV reklamieren, bereits vor 1989 keine Anhänger der DDR gewesen zu sein. Vielleicht lassen sie sich am geeignetsten so beschreiben: sie waren weder Täter noch Oppositionelle. Nur, vor diesem Hintergrund wird die rigide moralische Argumentation, wie sie jetzt von ihnen vorgeführt wird, fragwürdig.

Es ist hier nicht der Ort, darüber zu debattieren, wie sehr sich die Kritiker der „Stützen des Systems“ auch vor 1989 schon hervorgetan haben als Verweigerer der Anforderungen der DDR-Gesellschaft nach Anpassung und Konsens. Derartige Fragen schimmern an einigen Stellen auf (S. 76ff., 292ff.). Es wäre wünschenswert, wenn an einzelnen exemplarischen Biographien die „Handlungsspielräume“ (S. 277), die in der DDR bestanden haben, ausgeleuchtet und detailliert im biographischen situativen Kontext dargestellt werden – sowohl für die „Stützen“ als auch für die „Außenseiter“. In der hier präsentierten Form bleibt es bei Andeutungen, die gerade für den Außenstehenden nur dazu führen, daß er einzelnen Zeugen nur „glauben“ kann oder eben nicht.

Der Rezensent des Leipzigbuches von Hartmut Zwahr⁷ vermerkt kritisch, wie jener die dortigen Oktoberdemonstrationen charakterisiere: „Sie waren alle aus sich herausgegangen.“ Und schließt daran die Schlußfolgerung, bei Zwahr beginne alles erst im September 1989. Damit könne dann auch jeder von Anfang an dabei gewesen sein. Nur wem immer schon die Reinheit der oppositionellen Gesinnung zugebilligt wird, wird hier als Autorität anerkannt. Es drängt sich der Verdacht auf, daß dem Rezensenten die widersprüchliche, heterogene Wirklichkeit nicht mehr in die einfachen moralischen Kategorien zu fassen gelingt. Wenn Zwahr für den Herbst 1989 die Akteure des Politbüros noch in seine Analyse mit einbezieht und nicht nur eine Glorifizierung des demonstrierenden Volkes und vor allem der Oppositionsbewegung vornimmt, wird ihm das hier als „Ehrbezeugung vor Krenz“ ausgelegt und sein Buch als „Luftnummer“ abgetan (S. 254f.). Auch der „unabhängige Historiker“ sollte vor allem Wissenschaftler sein und nicht nur eine Heldengeschichte der eigenen Bewegung anstreben.

4. Liest man die Artikel des UHV, drängt sich manchmal der Eindruck auf, daß selbst hier, wo man es gerade nicht erwartet, noch Elemente des „alten Denkens“ und der früheren Sprache zu finden sind.

Immer wieder erfolgt der Rekurs auf die „grundlegenden Strukturen“, die es aufzudecken gelte (S. 116). Was dann aber fehlt, ist die Exemplifizierung des Falles. So genügt dann bestenfalls ein kurzes Zitat⁸, um einen Autor zu klassifizieren und abzuurteilen. Dabei wäre es viel lohnender, den Kontext auszuleuchten, die Widersprüchlichkeiten, Halbherzigkeiten, Andeutungen offenzulegen, die den Hintergrund einer derartigen Äußerung ausmachen, ihre Sagbarkeit bedingen und ihre auch schon zeitgenössische Aussagekraft bestimmt und begrenzt haben. Danach kann man ja immer noch verurteilen, wenn man will und kann.

Ebenso verwundert es, wenn man gegen alle Differenzierung und Betonung der „Grauzone“, wie es Primo Levi⁹ genannt hat, konsequent auf einer klaren Unterscheidung beharrt. Die „allgemeinere Trennlinie“ (S. 89), die man ziehen will, trennt sie nicht manichäisch in gut und böse? Man ist entweder für die Partei oder gegen die Partei. Das ist zwar einfach, führt aber nicht allzu weit.

Es gehe darum, das „richtige Bild der DDR“ (S. 438) zu formen. Mit Hilfe welcher Kriterien, bitte schön, soll über diese Richtigkeit trennscharf entschieden werden? Gerade der UHV, der so entschieden kritisiert, wie sehr in der DDR der Wissenschaft politisch-ideologische Vorgaben gemacht (von der Wissenschaft oft befolgt) wurden, sollte nun nicht naiv vom „richtigen Bild“ sprechen. Und sollte nicht für sich selber eine Jurorenrolle beanspruchen, deren Einengung der Forschung er für die DDR-Zeit zurecht so heftig kritisiert. Es geht nicht darum, das Vorzeichen zu wechseln, es geht darum, wissenschaftliche Standards zu befolgen. Die Ergebnisse werden auch dann unterschiedlich sein. Zum Glück.¹⁰ Es gibt keine institutionelle Monopolisierung von Forschungsthemen mehr. Ebenso kann es keine Privilegierung einzelner Gruppen für die Bearbeitung von historischen Gebieten geben. Schlichtweg Humbug ist es, oder vielleicht auch Insinuation, wenn behauptet wird, daß jemandem „die wissenschaftliche Arbeit verwehrt wird“ (S. 289). Öffentliche Institutionen stellen Personen ein, andere nicht. Über diese Verfahren und die zugrunde gelegten Kriterien kann man durchaus streiten. Ein Forschungszentrum aber „verwehrt“ niemandem den Zugang zu den Akten.

Bei aller Sympathie für die Ziele des UHV – die Verve, mit der einerseits die moralische Geste vorgetragen und andererseits die beamtete Stelle eingeklagt wird, verärgert. Politische Opposition kann vielleicht

von Parteien mit Stellen honoriert werden. Heute kann man bei uns damit auch Minister werden, wenn die Opposition früher nicht zu kraß war. Einen wissenschaftlichen Stellenanspruch kann man damit nicht begründen. Wie sagte Jens Reich nach der Volkskammerwahl 1990, als er gefragt wurde, ob er enttäuscht sei, daß die Bürgerbewegungen verloren hätten: „Nein“, antwortete er, „sie seien vorher eine Minderheit gewesen, und warum sollte sich das jetzt ändern?“

Nach der Lektüre ergibt sich ein widersprüchliches Bild des UHV. Berechtigt ist sein Ziel, eine kritische Auseinandersetzung über die Rolle der Geschichtswissenschaft und über das Verhalten der Historiker weiterzuführen. Doch irritiert dabei der inquisitorische Gestus, mit dem fachliche Kritik und fachpolitische Absicht verbunden werden. So wichtig eine Auseinandersetzung um die Vergangenheit der Geschichtswissenschaft in der DDR ist – sie kann heute nur noch als wissenschaftliche Auseinandersetzung geführt werden. Viel an biographischen Einschnitten, an Behinderungen, an Brüchen wird dabei von den Beteiligten vorgebracht werden. Immer wieder wird es dabei Fragen nach der individuellen Schuld und Verantwortung geben, die meist nur im konkreten Einzelfall gestellt und wohl eher viel seltener gelöst werden können.

In diesem Zusammenhang ist es auch bezeichnend, daß hier eine sehr deutsche Diskussion stattfindet. Es gibt keinen Vergleich mit anderen osteuropäischen Ländern, wo sich die Frage nach Erneuerung der Wissenschaft, nach der Glaubwürdigkeit der Wissenschaftler unter ganz anderen Bedingungen stellt. Sei es in Polen, wo spätestens in den achtziger Jahren die Lösung des ganz überwiegenden Teils der Intelligenz von der Partei erfolgte und die einzelnen durch ihr Verhalten in der Solidarnosc-Bewegung ihre individuelle Entscheidung über Anpassung und Widerstand trafen. Oder sei es in Rußland, wo zwar die Sowjetunion zerfallen ist, keineswegs aber die akademische Nomenklatura oder die restriktive Handhabung des Aktenzugangs verändert wurde.¹¹ Das heißt nicht, daß die Diskussion über die Vergangenheit in der neuen Bundesrepublik ausreichend geführt wird. Aber der etwa vom UHV angestrebte Austausch von Führungspositionen in der Historikerzunft der ehemaligen DDR ist durch die Intervention der westdeutschen Fachgremien mit Evaluierung, Abwicklung und Neubesetzung in einer Gründlichkeit vorgenommen worden, wie es durch eine interne Erneuerung nicht umfassender hätte geschehen können. Das hat positive, aber auch negative Auswirkungen. Obsolet ist es deshalb, heute zu unterstellen, wie es in der Kritik am Potsdamer Forschungszentrum geschieht, daß es eine schützende Intervention westlicher Historiker zugunsten ehemaliger Etablierter gäbe. Das ist Humbug

– oder gezielte politische Insinuation.

Dem UHV ist daher vorzuwerfen, daß er in plakative und ideologisch geformte einfache Erklärungsmuster verfällt, wenn er die Lage der Geschichtswissenschaft in den neuen Ländern darstellt. Statt einer Debatte über die Vergangenheit wird so eine Verfestigung der tradierten Wahrnehmungs- und Deutungsmuster befördert. Die DDR war auch eine Gesellschaft der feinen Unterschiede, in der es sehr genau darauf ankam, nicht nur die „offiziellen“ Wahrheiten zu kennen, sondern auch die „eigentliche“ Bedeutung. Diese Differenziertheit, diese Kunst der Zwischentöne, der Grauzonen ist in diesem Band bei den Mitgliedern des UHV nicht mehr zu finden. Es ist damit eine vertane Chance der Kritik. Wirklichkeit ist immer widersprüchlich, nur Ideologie ist eindeutig.

- 1 R. Eckert/I. S. Kowalczyk/I. Stark (Hrsg.), *Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes*, Berlin 1994.
- 2 „Die integren Kräfte sind weitgehend im UHV versammelt und haben die moralische Kompetenz, nach den Jahrzehnten der Hofgeschichtsschreibung das richtige Bild der DDR – so wie es eigentlich gewesen ist – zu schreiben.“ (S. 438).
- 3 Vgl. etwa auch die verfehlte Kritik an der Sombartbiographie von Friedrich Langer; K. Sontheimer, *Wider die Leisetreterei der Historiker*, in: *Die Zeit* v. 4.11.1994; F. Langer, *Wider die falschen Eindeutigkeiten*, in: ebenda v. 25.11.1994.
- 4 Manchmal wird es sogar explizit formuliert, hier zum Beispiel von Stefan Wolle: „Man kann nicht Zeitgeschichte treiben jenseits der politischen Fronten. Selbst wenn man es wollte, es würde nicht funktionieren.“ (S. 432).
- 5 J. Burckhardt, *Briefe*, Bd. 5, hrsg. v. M. Burckhardt, Basel 1963, S. 75f.
- 6 A. Mitter/S. Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Artikel der DDR-Geschichte*, München 1993; dazu M. Fulbrook, *Politik, Wissenschaft und Moral: zur neueren Geschichte der DDR*, erscheint in: *Geschichte und Gesellschaft*, 1995.
- 7 *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993.
- 8 Das unbestritten pure Ideologie widerspiegelt.
- 9 *Die Untergegangenen und Geretteten*, München 1993, S. 33.
- 10 Noch einmal ein Rückgriff auf die Rezensionen des *Zwahr-Buches*. 1989 hätte Zwahr die Chance gegeben, „sich als Zeithistoriker zu bewähren“ (S. 252). Die Zeiten sind vorbei, in denen Historikern Aufträge zugewiesen wurden von Partei- oder Leistungsgremien. Und gerade Zwahr hat auch vor 1989 die hochgradige Spezialisierung nicht beachtet wie sonst kaum noch jemand in der DDR.
- 11 Zum Vergleich: Eindrucksvoll sowohl der Bericht eines Mediävisten über seine – erfolgreiche – Suche nach intellektuellen Freiräumen im Wissenschaftsbetrieb, trotz rigider Beeinflussungsversuche (A. Gurevich, *Why am I not a Byzantinist?* in: *Dumbarton Oaks Papers* 64 [1992], 89-96), als auch die Schilderungen der Schwierigkeiten, die ein Mitglied der russischen Gruppe „Memorial“ bei der Quellensuche erfuhr (S. Kotkin, *Terror, Rehabilitation, and Historical Memory: An Interview with Dimitri Iurasov*, in: *The Russian Review* 51 [1992], 238-62).